

Durch gemeinschaftliche Organisation Sicherheit aufbauen: der Fall der Policía Comunitaria in Guerrero, Mexiko

Fini, Daniele

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fini, D. (2019). Durch gemeinschaftliche Organisation Sicherheit aufbauen: der Fall der Policía Comunitaria in Guerrero, Mexiko. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 39(1), 46-62. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v39i1.04>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Daniele Fini

Durch gemeinschaftliche Organisation Sicherheit aufbauen

Der Fall der *Policía Comunitaria* in Guerrero, Mexiko

Keywords: community defense, community justice, community organizations, capitalism and violence, indigenous movements, Mexico, Guerrero.

Schlagwörter: Kommunitäre Selbstverwaltung, kommunitäre Justiz, Organisationen lokaler Gemeinschaften, Kapitalismus und Gewalt, indigene Bewegungen, Mexiko, Guerrero

Der Bundesstaat Guerrero im Südwesten Mexikos zeichnet sich durch hohe Indices von Armut und Ausgrenzung vor allem in den ländlichen Regionen und bei der indigenen Bevölkerung aus. Seine neuere Geschichte ist gekennzeichnet durch wiederkehrende politische Gewalt zwischen dem Demokratie einfordernden Teil der Bevölkerung auf der einen Seite und den autoritären Gruppen, die über die politische und wirtschaftliche Gewalt verfügen, auf der anderen Seite. Bis heute sind die Verantwortlichen für die Morde und für das Verschwinden von lokalen politischen Aktivisten nicht verhaftet worden. Im Gegenteil, genau wie in anderen Bundesstaaten, hat die mit organisiertem Verbrechen verbundene Gewalt seit dem im Jahr 2006 von der Zentralregierung ausgerufenen sogenannten Drogenkrieg zugenommen. In den zehn folgenden Jahren hat sich die Zahl der Morde von 775 auf 2.310 verdreifacht (SESNSP 2018); Guerrero hat seine Position in den vorderen Rängen der Liste von Staaten mit vorsätzlichen Tötungen behalten: 2016 waren es 61,67 pro 1.000 Einwohner*innen; zum Vergleich: der nationale Durchschnitt liegt bei 16,97 (SESNSP 2017).

Nach Informationen der konsultierten Presse ist festzustellen, dass die Kriminalitätsrate in der Region Costa-Montaña¹ im Südosten von Guerrero niedriger ist als der Durchschnitt des Bundesstaates. In einigen Gemeinden

1 „Costa-Montaña“ wird gewöhnlich der Zusammenschluss von Gemeinden genannt, die sich im Südosten von Guerrero zwischen den Verwaltungsregionen La Montaña und La Costa Chica befinden und deren Bevölkerung sozial und wirtschaftlich eng miteinander verflochten ist.

dieser Region ist seit mehr als 20 Jahren das *Sistema Comunitario für Sicherheit, Justiz und Umerziehung* (SCSJR) aktiv. Dieses ist allgemein bekannt unter dem Namen seiner operativen Einheiten: *Regionalkoordination der Autoridades Comunitaria – Policía Comunitaria*² (CRAC-PC). Der Organisationsprozess begann 1995 initiiert durch ein paar Duzend Landgemeinden, vor allem indigene Gemeinden, die sich der Frage der selbstverwalteten und vom Staat unabhängigen Sicherheit und Rechtsprechung auf der Basis lokaler Organisationstrukturen annahmen. Dieser Artikel beruht vorwiegend auf den Untersuchungen für eine Dissertation mit Feldforschungsaufenthalten im Zeitraum von 2014–2018. Methodisch wurden die Informationen durch direkte Beobachtung und semi-strukturierte Interviews mit Mitgliedern der Gemeinschaftsorganisationen erhoben.

Neoliberale Gewalt und Entstehung der *Policía Comunitaria* 1995

In den 1970er Jahren nahm der Kampf weiter Teile der Bevölkerung in Guerrero die Form der direkten Konfrontation gegen den Staat durch die beiden Hauptorganisationen der mexikanischen Landguerilla an (*Partei der Armen* und *Nationale Revolutionäre Bürgervereinigung*). Nach deren militärischer Niederlage waren in der Folgedekade die Hauptakteure der sozialen Konflikte die Produktionsorganisationen der Bauern. Dieser Kampf entfaltete sich im Zusammenhang mit dem staatlichen Förderprogramm für ländliche Regionen, das durch staatliche Stellen und parastaatliche Unternehmen umgesetzt wurde, die Kredite vergaben und Garantiepreise für den Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte festlegten. Durch den Druck und die Verhandlungen mit diesen Institutionen wurde eine Verbesserung der regionalen Infrastruktur erreicht und den organisierten Bauern gelang es, die Zwischenhändler sowie die lokalen Händler zu schwächen, die bis dahin den Aufkauf der Produktion in einer asymmetrischen Beziehung von „ungleichem Tausch“ (Bartra 1979) kontrollierten. Das strategische Ziel war die „Aneignung des Produktionszyklus“ (Moguel 1992), das darin bestand, durch die Produktionsorganisationen die Lagerhaltung und die Verteilung der Produkte zu kontrollieren.

2 Die hier im Spanischen verwendeten Begriffe *comunitario* bzw. *comunidad* und *autoridades* sind ohne eine Verschiebung des Bedeutungshorizonts nicht ins Deutsche zu übersetzen. Innerhalb des indigenen Kontextes ist die *comunidad* eine Gemeinschaft und zugleich Einheit der Selbstverwaltung, die parallel zu staatlichen Institutionen besteht. Ähnliches gilt für die *autoridades*, die von der *comunidad* organisatorische, ausführende und repräsentative Aufgaben übertragen bekommen und in Funktion und Selbstverständnis nur ungenügend mit Obrigkeit übersetzt werden könnten. Wir haben uns daher dafür entschieden, diese Begriffe, sofern grammatikalisch möglich, im Spanischen zu belassen (die Übersetzer).

Die neoliberalen Reformen ab Mitte der 1980er Jahre hatten eine Demontage des ländlichen Fördersystems des Staates zur Folge, indem die Kredite reduziert wurden und die parastaatlichen Firmen sowie die Preisgarantien verschwanden. Die Landarbeiter verarmten und die Wirtschaftsaktivitäten der staatlichen Institutionen wurden zunehmend in den tertiären Sektor verschoben: Die Beschäftigungszahlen im Primärsektor blieben zwischen 1990 und 2010 zwar konstant (ca. 35 %), aber ihr Anteil am BIP des Bundesstaates nahm kontinuierlich ab: von 16 % in 1985 auf 10 % in 1993 bis 5 % in 2010 (Sarabia Ruíz 2001: 193, 195; INEGI 2011: 46).

Seit den 1990er Jahren standen die Bauern und ihre Produktionsorganisationen einem neuen Szenarium gegenüber, in dem die einzige Überlebensstrategie darin bestand, sich der Logik von Effizienz und Wettbewerb anzupassen, um sich in den Markt zu integrieren (Bartra 2000: 423), was die Verarmung der ländlichen Bevölkerung zur Folge hatte. Die Antwort vieler Bauern war auszuwandern oder die Produktion auf den Anbau von Pflanzen mit psychedelischen Substanzen umzustellen, der seither einen der größten „Wettbewerbsvorteile“ des Bundesstaates darstellt (Bartra 2000: 44).

Der Kampf der Bauern in Guerrero um den wirtschaftlichen Mehrwert in den 1980er Jahren hatte einige Gruppen der lokalen wirtschaftlich und politisch Mächtigen geschwächt und dazu beigetragen, dass die Opposition zur Staatspartei PRI (*Partei der Institutionellen Revolution*) gestärkt wurde. Die Antwort der Regierung war seit den 1990er Jahren eine Verstärkung der Repression und eine Zunahme der Menschenrechtsverletzungen durch die staatlichen Stellen und die Polizeikräfte des Staates und des Bundes (García 2000: 115). 1995 ereigneten sich in Guerrero zahlreiche Übergriffe, vor allem gegen aktive Mitglieder linker Parteien und sozialer Organisationen, bei denen insgesamt 120 Menschen ermordet wurden (Bartra 2000: 61).

Die neoliberale Ära hat also in Guerrero zu einer Intensivierung der Gewalt geführt: Auf der einen Seite nahmen, bedingt durch die Armut weiter Bevölkerungsteile und durch die Expansion des Rauschgifthandels, die allgemeinen Straftaten zu; andererseits stiegen die staatliche Repression und Übergriffe durch Polizei und Militär an. In diesem Szenarium entstanden zwischen 1994 und 1996 in verschiedenen bäuerlich strukturierten Regionen des Staates selbstorganisierte Verteidigungsinitiativen (García 2000: 115). Von diesen konnte sich nur die Initiative in der indigenen Region Costa-Montaña stabilisieren und ist bis heute unter dem Namen CRAC-PC in Funktion.

Ihre Entstehung ist das Ergebnis des Zusammenwirkens der Erfahrungen verschiedener Organisationen in der Region: Von den bäuerlichen und sozialen Organisationen über Aktionen fortschrittlicher Priester bis hin zu den Vollversammlungen mehrheitlich indigener *comunidades* der Ethnien

der Tlapanecas und Mixtecas. Befördert wurde diese Entwicklung durch die nationale und internationale Konjunktur der neuen Vorreiterrolle indigener Völker und ihrer Forderungen nach Autonomie, die in diesen Monaten durch die Aufstände des EZLN (*Zapatistisches Heer der Nationalen Befreiung*) in Chiapas wieder belebt wurden.

In einer Regionalversammlung von sozialen Führungspersonen und *autoridades comunitarias* im Oktober 1995 wurde vereinbart, eine *policía comunitaria* zu gründen. Es wurde ein Vorschlag an jede *comunidad* geschickt, eine Gruppe von Polizisten zu bilden, die auf der Basis und dem Prinzip der indigenen Gemeinschaftsdienste (rotierende Teilnahme und keine Bezahlung) arbeitet und die Aufgabe hat, für Sicherheit zu sorgen. Es wurde festgelegt, dass sich alle lokalen Gruppen unter dem Kommando einer regionalen Organisationsstruktur untereinander abstimmen, um die Verbindungswege zwischen Ortschaften ihrer Region zu bewachen.

Es gab und gibt in vielen indigenen *comunidades* in Mexiko Nachbarschaftsgruppen für die Sicherheit, die nach dem Prinzip der Gemeinschaftsdienste arbeiten und die der Versammlung und der *autoridad comunitaria* unterstellt sind (López Bárcenas 2013). Die gegenwärtige nationale Gesetzgebung (Artikel 2 der Verfassung) erkennt diese Gruppen an, aber erlaubt ihnen nur, innerhalb ihrer Lokalität zu agieren. Die Neuheit der *policía comunitaria* bestand in der Gründung einer Organisation, die die lokalen Sicherheitsgruppen (von jeder Gemeinde) organisiert, um in erweitertem Territorium auf regionaler Ebene mit dem Mandat der Regionalversammlung der *autoridades comunitarias* unabhängig von den staatlichen Institutionen zu operieren.

In kurzer Zeit konnte die Zahl der Vergehen reduziert werden; seit 1998 wurde auch eine eigenständige Rechtsprechung vereinbart. Seit damals werden die wegen „schwerer Verbrechen“ (strafbewehrte Vergehen) Verhafteten nicht mehr den staatlichen Justizinstitutionen übergeben, sondern sie werden von der CRAC verurteilt, die nach den indigenen Bräuchen und Sitten Recht spricht. Diese Aktivität geht über die mexikanische Gesetzgebung hinaus, die den indigenen Völkern lediglich das Recht zuspricht, kleinere Rechtsfälle von Mitgliedern der eigenen Gemeinschaft zu lösen (Artikel 2 der Verfassung).

Trotz dieser rechtlichen Rahmenbedingungen eröffnete der Erfolg des kommunalen Sicherheits- und Rechtssystems zusammen mit der politischen Kraft der Organisation Spielräume für die autonome Initiative, parallel zum offiziellen ein alternatives System zu etablieren. In der Tat agieren im Gebiet der CRAC-PC auch offizielle Sicherheitskräfte und ein Opfer eines Vergehens kann sich gleichermaßen an offizielle Stellen wie an die der *comunidades*

wenden. Das Verhältnis zwischen den beiden Systemen war je nach politischer Konjunktur unterschiedlich und variierte zwischen Zusammenarbeit und Spannung bis hin zu staatlicher Repression gegen die Organisation der *comunidades*. Der Erfolg der CRAC-PC, was den Rückgang der Vergehen und die humanere und weniger korrupte Justiz angeht, führte zu einer Expansion: Ende der 1990er Jahre nahmen 20 *comunidades* teil, in der ersten Dekade der 2000er Jahre waren es mehr als 60 und heutzutage sind es fast 200.

Die *policía comunitaria* von Guerrero ist in den letzten Jahren von zahlreichen Forschern untersucht worden, da es sich um eine wichtige Erfahrung im Rahmen der Autonomiebestrebungen von indigenen Völkern in Mexiko und Lateinamerika handelt und weil es ein Beispiel dafür ist, im aktuellen Klima von Gewalt, das ganz Mexiko erreicht hat, für Sicherheit zu sorgen. Die meiste Literatur über das Thema erläutert die Entstehung im Jahr 1995 als Ergebnis der strukturellen Gewalt und Ausgrenzung, die die indigenen Völker der Region immer erlebt haben (z.B. Martínez Sifuentes 2001; Sánchez Serrano 2012). René David Benítez Rivera (2015) hingegen versucht die Entstehung als Ergebnis der Neuausrichtung von Herrschaft und Widerstand in der neoliberalen Ära zu erklären. Die Initiativen für Sicherheit und Gemeinschaftsjustiz drücken einen Wandel im Kampf der Bevölkerung aus: Von der direkten Konfrontation mit dem Staat (durch Guerillaorganisationen) in den 1970er Jahren hin zu einem Kampf um Autonomie gegenüber der neoliberalen Politik. Einer Politik der Reduktion staatlicher Eingriffe und Verantwortung für die Gewähr der Bevölkerung zugute kommender öffentlicher Dienstleistungen zugunsten. Dieser Erklärungsansatz soll mit den Ausführungen in diesem Abschnitt unterfüttert werden, der das Entstehen der *policía comunitaria* als Folge der neoliberalen Neuausrichtung der Wirtschaft von Guerrero erklärt.

Die ersten Studien über die *policía comunitaria* sehen in diesem Prozess einen Kampf für die Anerkennung ihrer ethnischen Identität (Martínez Sifuentes 2001; Sánchez Serrano 2012), während er in neuerer Zeit als Kampf für die Autonomie (Gasparello 2009) oder für Dekolonisierung (González Chavez 2014) charakterisiert wird. Diese Studien zeigen eine verstärkte Politisierung des Prozesses auf und verweisen auf den Versuch, die Aktionsbereiche von den Gemeinschaftsstrukturen auf regionaler Ebene auf die Bereiche Kommunikation, Gesundheit und Produktion auszuweiten.

In der Tat haben seit 2005 einige Gruppen in der Organisation vorgeschlagen, die Organisation der *policía comunitaria* in ein Instrument zur Stärkung der Gemeinschaften als politisches Subjekt umzuwandeln, um eine auf Selbstregierung zielende Dynamik zu entfachen. Noch kann man keine wesentlichen Fortschritte in dieser Richtung feststellen, da es innerhalb der

Organisation unterschiedliche Positionen gibt, aber es ist erkennbar, dass der kollektive Prozess dazu in der Lage ist, auch über das Thema Unsicherheit hinaus Probleme anzupacken: 2011, als ein Vorhaben für den Tagebergbau in ihrem Territorium drohte, verwandelten sich die Regionalversammlungen in ein Forum zur Gründung einer Bewegung zur Verteidigung des Territoriums. Diesem gelang es, auch Gemeinden einzubeziehen, die nicht zu ihrem kommunitären System gehören und bis heute ist es gelungen, die Extraktionsprojekte zu stoppen. (González Chavez 2014).

Nach mehreren Versuchen der Regierung, die Autonomie der *policía comunitaria* abzuschaffen oder zu begrenzen, erließ die Regierung von Guerrero im selben Jahr das Gesetz 701 zur Anerkennung der Rechte und der Kultur der indigenen Völker und Gemeinschaften des Staates Guerrero, das das indigene Rechtssystem anerkennt und seinen sicherheitspolitischen und juristischen Aktionen eine Teillegalität zugesteht.

Organisationsformen der *Comunidad* als Modell zur Selbstorganisation von Sicherheit und Justiz

Die Struktur der CRAC-PC basiert auf den Organisationsformen der indigenen und ländlichen Gemeinschaften in Mexiko, die sich für die Lösung von Angelegenheiten von kollektivem Interesse durch direkte und obligatorische Teilnahme aller Haushalte einer Ortschaft auszeichnen. Diese Organisationsmodelle basieren auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit: Um Dienste von der Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen (Zugang zu Land und öffentliche Dienste), muss jedes Familienoberhaupt an der Gemeinschaftsversammlung – höchste Autorität und Instanz für Entscheidungen – teilnehmen und Tätigkeiten für das Gemeinwohl leisten, wie kollektive Arbeiten oder Dienste. Die anthropologische Literatur nennt diese gemeinschaftlichen Formen der Beteiligung gewöhnlich „Cargo-System“ (Topete Lara & Díaz Araya 2014). Es bezieht sich auf ein Bündel von Aufgaben – Verwaltungsangelegenheiten, Agrarfragen und religiöse Themen – welche die Bewohner*innen im Rotationsverfahren und ohne Bezahlung erledigen müssen, mit dem Ziel die Dienste für die Bevölkerung bereit zu stellen oder die Rolle der Repräsentation (*autoridad*) zu erfüllen.

Die Tätigkeit bei der *policía comunitaria* ist in jeder Ortschaft eine solche Aufgabe in dem Sinne als die Mitglieder der Verteidigungsgruppe von der Versammlung für den Zeitraum eines Jahres und ohne Entlohnung ernannt werden. Für den Dienst bedeutet das, sie sind von den *autoridades comunitarias* abhängig und den Entscheidungen der Versammlung ihrer Gemeinschaft unterstellt. Diese Organisationsformen fördern eine breite

Beteiligung der Bewohner*innen an den kollektiven Angelegenheiten und dank des Prinzips der gemeinschaftlichen Dienste und der Unterordnung unter die Versammlung verringern sie die Tendenz der Machtkonzentration. Die Rotation und die Dienstpflicht ohne Bezahlung reduziert die Möglichkeit, sich durch die öffentlichen Aufgaben zu bereichern und Macht zu erlangen.

Die gemeinschaftliche Anstrengung der Polizeigruppen und der *autoridades comunitarias* der CRAC-PC-Gemeinden wirkt sich intern auf die Struktur der regionalen Organisation aus: Als regionalen Raum versteht die inter-kommunitäre Koordination das Territorium, das verschiedene Gemeinden umfasst. Auf dieser regionalen Organisationsebene funktioniert die Sicherheit und die Gemeinschaftsjustiz über zwei Instanzen: Das Leitungskomitee der *policia comunitaria* – das ist ein Rat aus regionalen Kommandeuren, welche die Aufgabe haben, die lokalen Polizeigruppen zu koordinieren und zu leiten, damit im gesamten Gebiet die Sicherheit gewährleistet ist – und die CRAC – ein Rat der *autoridades comunitarias*, der für die Rechtsprechung zuständig ist.

Die operativen Einheiten sind der Regionalversammlung unterstellt, in der die *autoridades* aller Ortschaften vertreten sind, die an der Organisation beteiligt sind; diese Versammlung ist die höchste Entscheidungsinstanz. Auf ähnliche Weise wie die lokalen Versammlungen werden in der Regionalversammlung die wichtigen Fragen diskutiert und die Entscheidungen per Mehrheit durch Handheben getroffen. In diesem Forum werden auch die Personen für die oben erwähnten Einheiten benannt, die auch jederzeit von der Versammlung abberufen werden können.

Die Aufgabenverteilung auf regionaler Ebene läuft nach der gleichen Systematik wie auf lokaler Ebene, d.h. es wird rotiert (im Dreijahresrhythmus) und es erfolgt keine Bezahlung. Der Sitz, an dem die Aktivitäten stattfinden, ist das Haus der Gemeindejustiz (zurzeit gibt es vier davon), für deren Schutz und weitere organisatorische Aufgaben die Polizeigruppen des jeweiligen Gebiets abwechselnd zuständig sind. Das Neue an der *policia comunitaria* ist die Herausbildung von Strukturen auf regionaler Ebene, die den Organisationsformen der indigenen Gemeinden auf lokaler Ebene entsprechen. (Fini 2017).

Eines der Elemente, die den Sicherheitsdienst der Kommune charakterisieren ist die Abwesenheit von Geld im internen Verkehr: Die Mitglieder der *policia comunitaria* erhalten keinen Lohn. Die interviewten Personen der Organisation sind der Meinung, dass dadurch eine höhere Effizienz bei der Bekämpfung von Vergehen erreicht wird. Die Polizisten sind bewaffnet, jedoch nur mit kleinem Kaliber. Oft habe ich gehört, wie die Leiter der Organisation bekräftigt haben, dass die wichtigste Waffe nicht diejenige sei,

die sie bei sich tragen, sondern der Geist des Gemeinschaftsdienstes und der Rückhalt der Nachbar*innen. Damit beziehen sie sich auf die Tatsache, dass das Hauptinstrument der Bekämpfung von Vergehen und der Schaffung von Sicherheit die Stärkung des sozialen Netzes in jeder Ortschaft sowie die direkte Zusammenarbeit der gesamten Bevölkerung bei der Unterstützung der Verteidigungsgruppe ist.

Auch bei der Rechtsprechung ist der Einsatz von Geld ausgeschlossen, d.h. man muss weder Gerichtsgebühren bezahlen noch werden für die Bestraften Geldstrafen verhängt. Das Gerichtsverfahren wird in der Sprache des Angeklagten geführt (sofern er/sie *indígena* ist) und ohne die Vermittlung durch Rechtsanwälte, sondern durch die regionalen *autoridades* der CRAC-PC, welche die Betroffenen, Zeug*innen, Familienangehörige und in einigen Fällen die lokalen *autoridades* hinzuzieht, um vorrangig einen Vergleich und eine versöhnliche Lösung zwischen den Parteien zu erreichen (Sierra 2014: 198). Die Person, die für schuldig befunden wird, wird zu einer Umerziehung aufgefordert, bei der mehr der Aspekt der Reintegration und Resozialisierung als der Bestrafung im Vordergrund steht. Diejenigen, die sich um die Bestraften und ihre Umerziehung kümmern müssen, sind die lokalen Gemeinschaften, die jeweils im Rotationsverfahren für 15 Tage für die Strafgefangenen zuständig sind. In den Gemeinden tragen die *autoridades comunitarias* und die Polizeigruppe die Verantwortung für die Gefangenen und sind verpflichtet, diese zu ernähren und zum Wohle der Gemeinschaft arbeiten zu lassen (Guzmán Hernández 2014).

Die Charakteristiken der Arbeitsweise des Gemeinschaftssystems – die Abwesenheit von Geld im Innenverhältnis und die auf der Konfliktlösung nach lokalen Modalitäten basierende Rechtsprechung – haben der armen Bevölkerung den Zugang zur Justiz erlaubt und gewähren den Beschuldigten eine im Vergleich zum offiziellen System humanere Behandlung. In den Gebieten, in denen die *policía comunitaria* operiert, nehmen die Leute in der Regel diese Justiz in Anspruch, da sie die Gemeinschaftsjustiz für wirtschaftlicher und effizienter halten. Das Prinzip der Rotation und der Nichtprofessionalisierung der Aufgaben verhindert außerdem, dass interne Dynamiken der Machtkonzentration entstehen und erlaubt es der Basis tendenziell die Kontrolle über das Sicherheits- und Rechtssystem aufrecht zu erhalten.

Drogenkrieg und kapitalistische Neuausrichtung: Gewalt und neue Verteidigungsgruppen

Seit die Bundesregierung 2006 den Drogenkrieg ausgerufen hat, konnte man in vielen Regionen des Landes eine Zunahme der Gewalt feststellen.

Während in den 15 Jahren zuvor auf nationaler Ebene statistisch ein tendenzieller Rückgang der Morde zu verzeichnen war, hat sich diese Tendenz ab 2006 umgekehrt (Illades & Santiago 2014: 85) und es gab seit dem bis heute mehr als 200.000 Morde. In dieser Situation der gestiegenen Unsicherheit entstanden ab 2013 unterschiedliche Gruppen für die kommunale Verteidigung in verschiedenen Regionen des Landes (Fuentes Díaz & Fini 2018). Im Jahr 2014 zählte der Journalist José Gil Olmos 36 Gruppen der „Bürgerlichen Selbstverteidigung“ in acht Bundesstaaten des Landes (Bartra 2014: 26), deren Mehrzahl sich in den Bundesstaaten Guerrero und Michoacán befand.

Für Guerrero entspricht die Gewaltspirale der letzten zehn Jahre (die Daten wurden am Anfang des Artikels genannt) dem nationalen Trend, der seine Ursache in der internen Neuausrichtung des organisierten Verbrechens und der Drogenkrieg genannten Militarisierung der Regierungsstrategie hat. Aber das Spezifische ist die Intensivierung von Konflikten der kriminellen Organisationen untereinander, bedingt durch die Fragmentierung der großen Kartelle und die Diversifizierung der kriminellen Geschäfte, deren für die Bevölkerung offensichtlichste Auswirkung die verbreitete Praxis der Erpressung von kleinen Händlern und Firmen ist. Die Zunahme der Gewalt scheint auch auf die neue Ausrichtung der Wirtschaft in Guerrero und deren Integration in die kapitalistischen Wertschöpfungsketten zu reagieren. So wie die Agrar- und die gewerbliche Produktion seit den 1990er Jahren bis heute³ kontinuierlich zurückging, hat sich Guerrero zu einem wichtigen Exporteur für Produkte gewandelt, die vom internationalen Markt gefragt werden: Mineralien, und Opiumpaste für die Herstellung von Heroin.

Dem lateinamerikanischen und nationalen Trend folgend haben die Bergbauaktivitäten einen Boom erlebt und das Interesse der transnationalen Konzerne an den mineralischen Rohstoffen in Guerrero ist in den letzten zehn Jahren exponentiell gestiegen. Vor allem die Edelmetalle haben eine kontinuierliche Steigerung der Nachfrage und der Preise zu verzeichnen: Im Jahr 2005 lag der Gesamtwert der Bergbauproduktion in Guerrero bei 743 Mio. mexikanischen Pesos (SGM 2010: 6), während er in 2012 den Höchstwert von 11.309 Mio. erreichte (SGM 2016: 6). 2005 waren Konzessionen für eine Fläche von 6,08 % des Staatsgebietes an Bergbaufirmen erteilt, und 2016 waren es 21,22 % (SGM 2010; 2016). Was die Produktion der Opiumpaste betrifft, ist in den letzten zehn Jahren vom US-Markt eine steigende Nachfrage zu registrieren, mit einem Anstieg des Preises um 100 % zwischen 2012 und 2015 (Infobae 2016). Dies führte zu einer Expansion des Anbaus und machte Guerrero zum Hauptproduzenten in Mexiko (Pacheco Pólito 2017).

3 Daten des Nationalen Instituts für Statistik und Geographie INEGI: Wirtschaftszensus von 1989, 1999 und 2004. Quelle: <http://inegi.org.mx>.

Die beschriebene Situation bringt eine Gewaltspirale mit Ermordeten, Verschwundenen und Vertriebenen mit sich. In diesem komplexen Szenarium verwischen sich die Unterscheidungen und die Grenzen zwischen privaten, staatlichen und kriminellen Wirtschaftssektoren und es entsteht in jeder Region eine spezifische Konstellation ihrer Ausprägung und Beziehung untereinander. Zu beobachten ist eine Kombination aus legalen und illegalen Akteuren mit Gewinnabsichten, die einerseits mehr Gewalt schaffen und andererseits diese nutzen, um ihre Geschäfte zu machen. Im Ergebnis leidet die Mehrheit der Bevölkerung auf direkte oder indirekte Weise unter einem diffusen Klima der Unsicherheit. Diese Situation aus Zweideutigkeit und diffuser Unsicherheit wird seit einigen Jahren sowohl von den Medien als auch von der mexikanischen Wissenschaft untersucht. Antonio Fuentes Díaz (2017) hat vorgeschlagen, sie als „Grauzone“ zu bezeichnen, um damit die Verstrickungen der legalen, der illegalen und der institutionellen Bereiche aufzuzeigen.

In diesem neuen Szenarium war die *policía comunitaria* mit dem Entstehen anderer Gruppen in verschiedenen Regionen des Bundesstaates ab 2013 nicht mehr die einzige Form der Gemeinschaftsverteidigung in Guerrero. Nach Zeitungsberichten schätzte man im Jahr 2015, dass rund 20.000 Bürger*innen von Guerrero bewaffnet waren, die in vier Systemen für Sicherheit und Bürgerjustiz und fünf Gruppen für Selbstverteidigung organisiert waren (Chávez 2015). Im Jahr 2017 wurde in 52 der 81 Municipien des Staates eine solche Organisation gezählt (Espino 2017). Im Unterschied zur Entstehung der *policía comunitaria* im Jahr 1995, deren Gründe in der Unsicherheit aufgrund allgemeiner Kriminalität und der Korruption staatlicher Stellen lag, reagieren die in den letzten Jahren entstandenen Gruppen auf die Gewalt des organisierten Verbrechens – mit seinen Erpressungen, Entführungen und Morden etc. – sowie dessen Verstrickung mit dem Staats- und Regierungsapparat.

Die verschiedenen in Guerrero operierenden Verteidigungsgruppen sind, was ihre Zusammensetzung und Organisationsform betrifft, sehr unterschiedlich. Noch gibt es wegen des Klimas der Unsicherheit in weiten Teilen des Bundesstaates über die meisten von ihnen keine Untersuchungen. Auf Grundlage von Medienberichten und eigener Feldbeobachtungen lässt sich feststellen, dass das Phänomen sehr heterogen und komplex ist: Einige Gruppen haben Ähnlichkeiten mit der CRAC-PC in punkto Arbeitsweise und Organisation, insofern sie der gemeinschaftlichen Kontrolle unterliegen und sich in die Strukturen der indigenen Autonomie einfügen. Viele andere entstehen aus einer Verbindung von Bevölkerung, Wirtschaft und kriminellen Akteuren oder sind auf Initiative von Bergbauunternehmen entstanden oder

werden sogar vom Staat für dessen Aufstandsbekämpfung gegen soziale Organisationen benutzt (Fuentes Díaz & Fini 2018).

Seit 2013 werden in der öffentlichen Diskussion und der mexikanischen Literatur die gemeinschaftlichen Verteidigungsgruppen, die in Guerrero und Michoacán entstanden sind, nach zwei Kategorien unterschieden: *policía comunitaria* und Selbstverteidigungsgruppen (Fuentes Díaz 2015). Bei *policía comunitaria* bezieht man sich auf die Formen, die im indigenen Kontext entstehen und die unter Kontrolle dieser Gemeinschaftsinstanzen und Versammlungen operieren. Ihre Aktivitäten fügen sich in die Forderungen nach Autonomie ein, führen eine eigene Rechtsprechung ein und sind gedeckt durch die Gesetzgebung für indigene Völker.⁴ Die Kategorie der Selbstverteidigungsgruppen hingegen bezieht sich auf nichtindigene und städtische Gruppen, die auf Initiative von Bürgern oder sozialen Organisationen entstehen und die nicht notwendigerweise unter Kontrolle der Gremien der lokalen Gemeinschaft operieren. Ihre Aktionen richten sich vorwiegend darauf, die Sicherheit wiederherzustellen, und sie sind nicht rechtlich verbrieft, auch wenn sich einige Gruppen für die Legitimität ihrer Aktivitäten auf die Verfassungsartikel 10 und 39 berufen.⁵

Fuentes Díaz (2015) hat vorgeschlagen, vergleichbar dem in der internationalen Literatur diskutierten Konzept der *Community-Based Armed Groups* (Schuberth 2015), die weiter gefasste Kategorie der kommunitären Verteidigung zu benutzen, welche die beiden vorgenannten einschließt und die sichtbaren gemeinsamen Kennzeichen dieser unterschiedlichen Gruppen benennt: Die Tatsache, dass es sich um Nachbarschaftsgruppen handelt, die sich für die Sicherheit in ihrer Ortschaft organisieren. Mit diesen Kategorien können einige organisatorische Charakteristika der heute existierenden Verteidigungsgruppen erfasst werden, sie ermöglichen aber nicht, die Komplexität und Heterogenität des Phänomens zu verstehen, insbesondere führen sie nicht zu einem Verständnis davon, in welcher (antagonistischen oder subordinierten) Beziehung die Gruppen jeweils zu den herrschenden Akteuren und Verhältnissen stehen.

In diesem heterogenen Feld der zahlreichen Verteidigungsgruppen in Mexiko lässt sich die *policía comunitaria* in die Kategorie einordnen, die eben diesen Namen trägt, denn sie ist Ergebnis eines Prozesses der sich auf legitime Instanzen der *comunidades* stützt, aus denen sie hervorgeht. Ab

4 Abkommen 169 ILO, Artikel 2 der mexikanischen Verfassung und für Guerrero: Gesetz 701 des Staats.

5 Der erste erkennt das Recht der Bürger*innen an, zur Sicherheit und für die legitime Verteidigung Waffen zu tragen; der zweite legt fest, dass die „nationale Souveränität wesentlich und ursprünglich beim Volk liegt“, das „immer das unabdingbare Recht hat, seine Regierung oder die Regierungsform zu ändern“.

dem Jahr 2013 haben sich einige der neuen Gruppen, die in Guerrero entstanden sind, in die *policía comunitaria* eingegliedert, um von deren langer Erfahrung, Effizienz und rechtlichen Anerkennung zu profitieren und so die Gefahr staatlicher Repression gegen sich zu reduzieren. Diese Expansion der Organisation hat eine neue Zusammensetzung in ihrem Inneren mit neuen Herausforderungen und Möglichkeiten erzeugt. Auch wenn die Mehrheit der neuen Gruppen indigenen und ländlichen Hintergrund hat, operieren einige von ihnen im städtischen Bereich ohne indigene Bevölkerung, wo es keine der oben beschriebenen indigenen Organisationsstrukturen gibt.

Die Grenzen und Möglichkeiten der Organisation als *Comunidad* in der heutigen Situation

In den letzten Jahren sah sich die CRAC-PC einer neuen Situation ausgesetzt, die für die Organisation große Probleme und Herausforderungen mit sich brachte und dazu führte, die eigenen Strukturen zu überdenken. Einerseits hat ihre Opposition gegen das transnationale extraktivistische Kapital zu staatlichen Strategien geführt, die darauf abzielen, die Organisation zu schwächen. Andererseits machte es die Einbeziehung neuer Gruppen, die sich nicht auf die Strukturen einer *comunidad* stützen können, notwendig, die Mechanismen und Abläufe für Sicherheit und kommunitäre Justiz im nicht-indigenen Bereich und in einigen Fällen im urbanen Bereich zu bestimmen.

In den ersten Jahren stellte die kommunitäre Organisation für die Wirtschaftsakteure in der Region keine Gefahr dar. Im Gegenteil, die großen Handelsmarken der Nahrungs- und Getränkeindustrie sowie die Aufkäufer von Agrarprodukten sahen in der größeren Sicherheit sogar einen Vorteil (Martínez Sifuentes 2001). Ab 2011 wurde die CRAC-PC zum Haupthindernis bei der Durchsetzung der Bergbauprojekte transnationaler Konzerne. Deshalb sehen verschiedene Analysen in der Regierungsinitiative, die seit 2012 versucht hat, die kommunitären Organisationen zu spalten und bisweilen zu unterdrücken, eine Reaktion auf die Interessen dieser Kapitalfraktion, die sich durch die kommunitäre Organisationen bedroht sieht (Hernández Navarro 2014: 189; Na Savi 2014).

In der Tat verstärkten sich seit diesem Zeitpunkt einige Konflikte und Streitereien in der Organisation, die 2013 zu Spaltungen führten. Insbesondere in diesem Jahr entwickelten die regionalen *autoridades* im Gemeinschaftsgericht von San Luis Acatlán eine undemokratische Haltung und Konzentration von Macht, die sich unter anderem in eigenmächtigen Entscheidungen ohne die Regionalversammlung zu konsultieren niederschlug. Auf der Basis dieser Entscheidungen wurden einige Flügel in der Organisation unterdrückt

und die Autonomie gegenüber dem Staat geschwächt. Diese *autoridades* waren durch den Gouverneur von Guerrero mit viel Geld kooptiert worden. Der persönliche Zugriff auf diese finanzielle Zuwendung wurde von den genannten *autoridades comunitarias* eingesetzt, um gezielt Sektoren und Gemeinden der Organisation für die Unterstützung ihres undemokratischen und den Regierungsinteressen dienenden Verhaltens zu gewinnen.

Ab dem Jahr 2014 gelang es, die korrupten *autoridades* auszuschließen und die Abläufe wieder den kommunitären Instanzen unterzuordnen. Nach diesen internen Problemen entspann sich eine kollektive Debatte, um die Grenzen und Schwachstellen der kommunitären Organisationsstruktur ausfindig zu machen. Bis dahin hatte man geglaubt, die Strukturen würden Machtkonzentration und undemokratische Aktionen der regionalen *autoridades* ausschließen. In diesen Jahren wurde in den Regionalversammlungen über die Notwendigkeit diskutiert, zur Vermeidung der Probleme aus dem Jahr 2013 die internen Regularien der Organisation zu aktualisieren und neue Mechanismen, Organisationsabläufe und eine neue Struktur einzuführen. Man sah eines der Probleme in der Konzentration verschiedener Aufgaben bei den regionalen *autoridades*: Rechtsprechung, Außenvertretung der Organisation, Sprecherfunktion, Verwaltung der Finanzen und Beziehung zu den Institutionen. Es wurde festgelegt, dass die regionalen *autoridades* sich ausschließlich um die Rechtsprechung kümmern sollen, während für jede der anderen Aufgaben verschiedene Kommissionen ernannt werden, die nach dem Prinzip der Gemeinschaftsdienste (Rotation, keine Bezahlung, der Versammlung unterstellt) arbeiten. Dadurch sollen Dynamiken der Machtkonzentration durch eine Gruppe oder ein Organ abgewendet werden.

Eine andere Herausforderung, die diskutiert wurde, ist die Einbeziehung und die Arbeitsweise der neuen Gruppen, die sich in letzter Zeit gebildet haben. Einige dieser Gruppen sind als unmittelbare Antwort auf das Klima der kriminellen Gewalt in ihren Ortschaften aus einem spontanen Aufbegehren eines Teils der Bevölkerung entstanden und verfügen nicht über den Rückhalt und die Unterstützung der Instanzen und *autoridades* der *comunidad*. Vor allem agieren einige der neuen Gruppen in kleinen Städten (ca. 5.000 Einwohner*innen), wie z. B. den Hauptstädten der Municipien Huamuxtlán und Olinalá, wo keine gemeinschaftlichen Organisationsstrukturen und auch kein Cargo-System der Aufgabenverteilung bestehen. In diesen Orten gibt es keine Versammlung der Einwohner*innen und die lokale Obrigkeit ist der offizielle Bürgermeister, der sich in einigen Fällen gegen die Selbstverteidigungsgruppen gewandt hat, weil er selbst mit den kriminellen Gruppen verbunden ist. Die Besorgnis in Bezug auf diese neuen Ortschaften bestand darin, wie sichergestellt werden kann, dass die

Gruppe der *policía comunitaria* im Konsens mit der Bevölkerung handelt und einer legitimen Kontrollinstanz unterstellt ist. Die Organisation verpflichtete diese neuen Gruppen, öffentliche und für alle Bewohner*innen offene Versammlungen einzuberufen, um Vereinbarungen zu treffen, wie die gemeinschaftliche Verteidigung fortgeführt werden kann und um die Teilnehmer der Verteidigungsgruppe zu bestätigen.

Bei der Feldforschung in den oben genannten Munizipien konnte festgestellt werden, dass es, im Unterschied zu den indigenen Gemeinschaften der Organisation, nicht gelungen war, beim Thema gemeinschaftliche Sicherheit eine breite Beteiligung der Bevölkerung zu erreichen. Aber gleichzeitig besteht ein breiter Konsens zugunsten der *policía comunitaria* und sie hat die volle Unterstützung der Bewohner*innen. Mit anderen Worten, viele der Nachbar*innen sind, auch wenn sie nicht aktiv an den Versammlungen und Aktivitäten der Verteidigungsgruppe teilnehmen, mit dem Agieren einverstanden und unterstützen die Gruppe oft durch Spenden für die erforderlichen Kosten. Ein anderes Problem, mit dem diese Gruppen konfrontiert worden sind, ist, dass durch die Abwesenheit des Cargo-Systems der Aufgabenverteilung die *policía comunitaria* aus Freiwilligen (d.h. nicht von einer Versammlung Benannten) besteht und diese seit 2013 nicht abgelöst wurden. Dies erzeugt eine Ermüdungserscheinung bei den Mitgliedern der Gruppen, weil sie seit Jahren den Gemeinschaftsdienst für die Sicherheit mit ihrer alltäglichen Arbeit in Einklang bringen müssen. Trotz dieser Schwierigkeiten kann man feststellen, dass die Zahl der Vergehen in ihren Ortschaften zurückgegangen ist und vor allem neue Beteiligungsformen befördert werden konnten, die das davor zersplitterte soziale Netz stärken.

Fazit

Das in diesem Artikel Beschriebene zeigt uns, wie die gemeinschaftlichen Organisationsformen von indigenen und ländlichen Gemeinschaften, die sich an der CRAC-PC beteiligen, selbstverwaltete Sicherheitsdienste und Justiz einführen konnten, die effizient sind, die Menschenwürde respektieren und weniger korrupt sind als das offizielle System. Die gemeinschaftliche Organisation, die auf dem indigenen Prinzip der Gemeinschaftsdienste basiert, konnte partizipative Dynamiken fördern, die tendenziell demokratischer und inklusiver sind und den Gemeinschaften einen organisatorischen Raum geben, auch in anderen Angelegenheiten, als nur der Sicherheit, aktiv zu werden. Die Ereignisse des Jahres 2013 haben gezeigt, dass auch die genannten Gemeinschaftsformen nicht immun sind gegen korrupte und antidemokratische Tendenzen, sodass es nötig ist, wachsam zu bleiben

und die Mechanismen und internen Abläufe kontinuierlich zu überdenken. Schließlich wird mit den Beispielen der neuen städtischen Gruppen eine interessante Dynamik der Adoption von gemeinschaftlichen Organisationsformen durch nichtindigene Bevölkerung aufgezeigt. Auch wenn diese nicht den Effizienzgrad der ländlichen Gemeinschaften erreichen, so fördern sie neue Organisationsformen der direkten Bürgerbeteiligung für die Lösung von Angelegenheiten von kollektivem Interesse.

Die gegenwärtige Situation des Bundesstaates Guerrero ist von den Interessen der legalen (Bergbausektor) und illegalen Wirtschaftsakteure bestimmt, die sich oft miteinander und mit dem Staat in konjunkturell unterschiedlicher Weise vermischen, wodurch in vielen Regionen ein Klima der Unsicherheit und der Gewalt entsteht. Die verschiedenen gemeinschaftlichen Verteidigungsgruppen spiegeln diese komplexe Situation wieder, die als Grauzone bezeichnet wird. Gleichzeitig entsteht durch sie eine neue Konstellation, die charakterisiert ist durch die Präsenz von bewaffneten Bürgern in der Mehrzahl der Municipien des Staates. Die Haltung der staatlichen Institutionen in diesen Jahren hat sich von einem Staatsverständnis, das auf den Begriff der Souveränität aufbaut, entfernt und wurde von den jeweiligen Konjunkturen und Machtkonstellationen bestimmt. In der Tat sind die offiziellen Institutionen häufig nicht repressiv gegen die gemeinschaftlichen Verteidigungsgruppen vorgegangen, um das staatliche Gewaltmonopol wiederherzustellen, sondern haben ihre Existenz geduldet und Initiativen für Verhandlungen und Zusammenarbeit mit ihnen unterstützt. Im Fall der CRAC-PC, aber auch für die anderen Verteidigungsgruppen von Guerrero und Michoacán, lässt sich in den letzten Jahren feststellen, dass die repressiven Aktionen des Staates gegen die gemeinschaftlichen Verteidigungsgruppen nicht mit dem Kriterium der Legalität (d.h. gesetzlicher Anerkennung oder nicht) erklären lassen. Repressives Vorgehen ist nur in spezifischen Situationen zu beobachten, in denen das Vorgehen der gemeinschaftlichen Verteidigung als Bedrohung für die kapitalistischen Interessen wahrgenommen wird, oder wenn die Verteidigungsgruppen sich in direkter Konfrontation gegen offizielle Institutionen richten. Deshalb lässt das Handeln des mexikanischen Staates in Bezug auf die gemeinschaftliche Verteidigung neue Formen des Regierens in der neoliberalen Ära erahnen, die uns auffordern, unsere bisherigen Konzepte sowohl von Praktiken der Herrschaft als auch des Widerstands zu hinterfragen.

Übersetzung aus dem Spanischen: Theo Mutter & Olaf Berg

Literatur

- Alonso, Marcos Matías; Rafael Aréstegui & Aurelio Vázquez Villanueva (Hg.) (2014): *La rebelión ciudadana y la justicia comunitaria en Guerrero*. Chilpancingo.
- Bartra, Armando (1979): *La explotación del trabajo campesino por el capital*. México D.F.
- Bartra, Armando (Hg.) (2000): *Crónicas del sur: Utopías campesinas en Guerrero*. México D.F.
- Bartra, Armando (2014): „Armados“. In: Alonso u.a. 2014, S. 23-28.
- Benítez Rivera, René David (2015): „La policía comunitaria. Experiencia de organización y lucha en la Montaña de Guerrero“. In: *Política y Cultura*, Nr. 44, S. 33-53.
- Bustamante Álvarez, Tomás, & Sergio Sarmiento Silva (Hg.) (2001): *El sur en movimiento. La reinención de Guerrero del siglo XX*. México D.F.
- Chávez, Lourdes (2015): „Se crean en dos años cuatro sistemas de seguridad y justicia ciudadanos y cinco policías comunitarias“. In: *El Sur*, 15.4.2015, <http://www.elsuracapulco.mx>, letzter Aufruf: 22.9.2015.
- Na Savi, Edith (2014): „La desarticulación de la policía comunitaria, una herencia de Ángel Aguirre“. In: *Desinformémonos*, 30.10.2014, <https://desinformemonos.org/la-desarticulacion-de-la-policia-comunitaria-una-herencia-de-angel-aguirre/>, letzter Aufruf: 15.10.2015.
- Espino, David (2017): „Autodefensas con presencia en 64% de Guerrero“. In: *El Universal*, 15.10.2017, <https://www.eluniversal.com.mx/periodismo-de-investigacion/autodefensas-con-presencia-en-64-de-guerrero>, letzter Aufruf: 21.11.2017.
- Fini, Daniele (2017): „La ‘Comunitaria’. El sistema de seguridad y justicia comunitaria de la CRAC-PC en Guerrero“. In: Linsalata, Lucia (Hg.): *Lo comunitario-popular en México. Desafíos, tensiones y posibilidades*. Puebla, S. 97-118.
- Fuentes Díaz, Antonio (2015): „Violencia criminal y Defensa Comunitaria en Michoacán“. In: Fuentes, Antonio (Hg.): *Conflictos y sujetos emergentes. Episodios en la transformación rural neoliberal*. Puebla, S. 75-101.
- Fuentes Díaz, Antonio (2017): „Community defense and criminal order in Michoacán. Contention in the grey area“. In: *Latin American Perspective*, Bd. 45, Nr. 6, S. 127-139.
- Fuentes Díaz, Antonio, & Daniele Fini (Hg.) (2018): *Defender al pueblo. Autodefensas y policías comunitarias en México*. México D.F.
- García, Carlos (2000): „Inventario de las organizaciones campesinas“. In: Bartra 2000, S. 103-128.
- Gasparello, Giovanna (2009): „Policía comunitaria de Guerrero, investigación y autonomía“. In: *Política y Cultura*, Nr. 32, S. 61-78.
- González Chavez, Lilián (2014): „La policía comunitaria en Guerrero. Luchas decoloniales. Nuevos desafíos para la CRAC-Policía Comunitaria de Guerrero“. In: *Pacarina del Sur*, Nr. 20, <http://pacarinadelsur.com/dossier-12/972-la-policia-comunitaria-en-guerrero-luchas-decoloniales-nuevos-desafios-para-la-crac-policia-comunitaria-de-guerrero>, letzter Aufruf: 11.1.2018.
- Guzmán Hernández, Pablo (2014): „Filosofía del proceso de reeducación en el sistema comunitario“. In: Alonso u.a. 2014, S. 175-190.
- Hernández Navarro, Luis (2014): *Hermanos en armas. Policías comunitarias y autodefensas*. México D.F.
- Illades, Carlos, & Teresa Santiago (2014): *Estado de guerra. De la guerra sucia a la narcoguerra*. México D.F.
- INEGI – Instituto Nacional de Estadística y Geografía (2011): *Perspectiva estadística Guerrero*. Dezember 2011. México D.F.
- Infobae (2016): „Los campos de amapolas: el veneno que fluye en forma de heroína por todo México“. In: *Infobae*, 12.6.2016, <https://www.infobae.com/america/america-latina/>

- 2016/06/12/los-campos-de-amapolas-el-veneno-que-fluye-en-forma-de-heroina-por-todo-mexico/, letzter Aufruf: 23.11.2017.
- López Bárcenas, Francisco (2013): „Policías comunitarias, grupos de autodefensa y paramilitares“. In: *La Jornada*, 22.2.2013, <https://www.jornada.com.mx/2013/02/22/opinion/025a2pol>, letzter Aufruf: 5.11.2015.
- Martínez Sifuentes, Esteban (2001): *La policía comunitaria. Un sistema de seguridad pública comunitaria indígena del estado de Guerrero*. México D.F.
- Moguel, Julio (1992): „Crisis del capital y reorganización productiva en medio rural“. In: Moguel, Julio; Carlota Botey & Luis Hernández (Hg.): *Autonomías y nuevos sujetos sociales en el desarrollo rural*. México D.F., S. 15-24.
- Pacheco Pólito, Anarsis (2017): „Hace 10 años que Guerrero es el principal productor de amapola en el país, informa jefe militar“. In: *El Sur*, 22.1.2017, <http://www.elsuracapulco.mx>, letzter Aufruf: 15.9.2017.
- Sánchez Serrano, Evangelina (2012): *El proceso de construcción de la identidad política y la creación de la policía comunitaria en la Costa-Montaña de Guerrero*. México D.F.
- Sarabia Ruíz, Gregorio (2001): „Impacto socioproductivo de las políticas de desarrollo en el agro guerrerense, y las posibilidades de la producción estatal“. In: Bustamante Álvarez & Sarmiento Silva 2001, S. 189-206.
- Schuberth, Moritz (2015): „The challenge of community-based armed groups: towards a conceptualization of militias, gangs, and vigilantes“. In: *Contemporary Security Policy*, Bd. 36, Nr. 2, S. 296-320 (<https://doi.org/10.1080/13523260.2015.1061756>).
- SESNP – Secretariado Ejecutivo del Sistema Nacional de Seguridad Pública (2017): *Tasas por cada 100 mil habitantes 1997-2017*. <http://secretariadoejecutivo.gob.mx/docs/pdfs/tasas%20por%20cada%20100%20mil%20habitantes/Tasas012018.pdf>, letzter Aufruf: 10.7.2017.
- SESNP – Secretariado Ejecutivo del Sistema Nacional de Seguridad Pública (2018): *Incidencia delictiva del fuero común 2017*. <http://secretariadoejecutivo.gob.mx/docs/pdfs/nueva-metodologia/CNSP-Delitos-2017.pdf>, letzter Aufruf: 7.12.2018.
- SGM – Servicio Geológico Mexicano (2010): *Panorama minero del estado de Guerrero*. México D.F.
- SGM – Servicio Geológico Mexicano (2016): *Panorama minero del estado de Guerrero*. México D.F.
- Sierra, María Teresa (2014): „Construyendo seguridad y justicia en los márgenes del estado: La experiencia de la policía comunitaria de Guerrero, México“. In: Alonso u.a. 2014, S. 191-210.
- Tapia Gómez, José C. (2001): „Los retos de la cefeticultura de Guerrero“. In: Bustamante Álvarez & Sarmiento Silva 2001, S. 207-221.
- Topete Lara, Hilario, & Alberto Díaz Araya (2014): „Sistema de cargos y organización social en mesoamérica“. In: *Revista Diálogo Andino*, Nr. 43 (<https://doi.org/10.4067/S0719-26812014000100001>).

Anschrift des Autors:

Daniele Fini

daniempoli@gmail.com